

GERT-RÜDIGER WEGMARSHAUS

Anmerkungen zur Wissenschaftsforschung im geteilten und im vereinten Deutschland

Die anregenden Beiträge von Günter Kröber, Clemens Burrichter und Reinhard Mocek provozieren mich, jeder auf seine Weise, zu drei kurzen Anmerkungen.

Erstens:

Günter Kröber hat sich außerordentlich kenntnisreich, und mit persönlichen Hintergrundinformationen nicht geizend, zur Gründungsgeschichte des ITW sowie zum Schicksal der Wissenschaftsforschung in der DDR geäußert. Unstrittig ist sowohl für (teilnehmende) Beobachter wie für (betroffene) Akteure der Wissenschaftsforschung, daß die Schließung und Abwicklung des ITW als eine direkte Folge der politischen Intentionen anzusehen ist, welche dem gesamten Evaluierungsprozeß der DDR-Akademieforschung nach der deutschen Vereinigung zugrunde lagen. Dem eigentlichen Evaluierungsvorgang läßt sich aus meiner Erinnerung zumindest für das ITW das Bemühen um wissenschaftliche Ernsthaftigkeit nicht absprechen. Die langjährige Forschungsbilanz des Institutes, dessen theoretischer und empirischer Ertrag dokumentierten sich wenigstens partiell in den Empfehlungen der Evaluierungskommission zur Weiterführung einzelner Forschungsthemen und -gruppen. Bestimmte Arbeiten aus dem Spektrum von Wissenschaftssoziologie, Wissenschaftsphilosophie und -ökonomie, von Wissenschaftsgeschichtsschreibung und von Scientometrics sollten die Möglichkeit zur weiteren Förderung erhalten, dies freilich in neuen institutionellen Zusammenhängen. Aber, die Abwicklung des ITW als einer Akademieeinrichtung war bereits vor jeglicher wertenden wissenschaftlichen Erfahrung, a priori, durch die Politik entschieden. Die Veranstaltung der deutsch-deutschen Einigung nach Artikel 23 Grundgesetz führte für das ITW wie für die anderen Akademieinstitute umstandslos dazu, daß für sie in der neubundesdeutschen Wissenschaftslandschaft kein Platz mehr blieb.

Es ist für dieses Kolloquium daher durchaus konsequent, daß Wissenschaftsforschung »ohne Ort« sich in »UTOPIE kreativ« zu Wort meldet.

Zweitens:

Der Primat der Politik über wissenschaftliche Leistung zeigte sich auch im Hinblick auf das Erlanger IGW. Dessen Auflösung entbehrt nicht einer, milde gesagt, spezifischen Ironie: Gerade das Institut, welches beharrlich die dem staatssozialistischen System der

Gert-Rüdiger Wegmarshaus
– Jg. 1954, Dr. phil., Berlin.
Philosophiestudium in Leningrad. Diplomarbeit zu Th. S. Kuhns »Struktur wissenschaftlicher Revolutionen«. 1978 - 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW) der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1983-1986 Mitwirkung am Forschungsprojekt: »Wissenschaft – Das Problem ihrer Entwicklung«. Studien zum Amerikanischen Pragmatismus und Operationalismus; 1987-1989 Mitarbeit am Forschungsprojekt: »Objekt- und Selbsterkenntnis«. Studien zur Evolutionären Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie; z.Z. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl »Politikwissenschaft« der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

DDR inhärenten Entwicklungs- und Umsetzungsschwächen von moderner Wissenschaft und Technologie aufzeigte und welches durchaus politikwirksam auf die überragende Bedeutung von Wissenschaftsdynamik und Innovationsfreundlichkeit im Wettstreit der Systeme hinwies, fiel der prophezeiten Sieghaftigkeit der Bundesrepublik zum Opfer. Dabei hätte es für das IGW nach dem Verschwinden des Untersuchungsgegenstandes »DDR und ihre Wissenschaft« durchaus neue Forschungsfelder gegeben. Die 1990 beginnende Transformation des Wissenschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten erforderte eine kritische Analyse ebenso wie eine sachkundige Beratung; erste Schritte dazu hatte das IGW unternommen, eine weiterführende Chance allerdings erhielt das IGW nicht. Mit dem Rückblick der vergangenen sieben Jahre muß man sagen, daß dieses Forschungsgebiet – die Erfassung der Wandlungen des Wissenschafts-, Hochschul- und Forschungssystems der jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas – von renommierten Wissenschaftsforschern und deren Arbeitsgruppen in Köln, Bielefeld und Berlin engagiert in Angriff genommen und ebenso zielstrebig wie umsichtig ausgebaut wurde.

Die aufgehobene Systemauseinandersetzung auf deutschem Boden bedeutete also den Schlußstrich unter eine institutionelle Wissenschaftsforschung, die sich in Ost und West einer über zwei Dezennien gewachsenen außeruniversitären Eigenständigkeit erfreuen durfte. Die naheliegende Vermutung von Günter Kröber, daß die Wissenschaftstheorie und ihre Forschungsagenda »Wissenschaftlich-Technische Revolution und gesellschaftliche Folgen« nur so lange interessant war, wie die beiden Deutschländer im Wettstreit standen, erscheint mir indes bei näherer Betrachtung nur partiell zutreffend. Offenkundig ist, daß das Literatur- und Datenmassiv zu den wissenschaftlichen und technologischen Umbrüchen unserer Zeit, ihren ökologischen und sozialen Folgen, ihren problematischen Risiken inzwischen schier unübersehbar geworden ist; das interdisziplinäre Forschungsprogramm von Wissenschaftstheorie gedeiht also und expandiert. Nur, in der Wissenschaftslandschaft des heutigen Deutschland existiert dieses Forschungsprogramm lediglich virtuell zwischen den disziplinären Hochschuldressen der etablierten Fächer und Professuren. Bis auf wenige Ausnahmen wird Wissenschaftsforschung heute an vereinzelten Standorten im Rahmen von Soziologie, Politikwissenschaft, Philosophie, Psychologie und Bibliothekswissenschaft betrieben. Dieser institutionell unbefriedigende Zustand ist der tatsächlichen Problemlage von Wissenschaft und Technologie in keiner Weise angemessen. Diesen Punkt hat Günter Kröber prägnant zur Sprache gebracht.

Der Versuch einer multidisziplinären Wissenschaftsforschung als konkurrierende ost- und westdeutsche Institutsunternehmung kam zwar mit der überstürzten, um nicht zu sagen fluchtartigen, Verabschiedung des Projektes DDR zu einem abrupten Ende. Die abgewickelte Wissenschaftswissenschaft hat aber durchaus Anlaß, wenn sie Ursachenforschung betreibt, sich der erkenntniskritischen Grundlagen des eigenen Faches zu versichern: »Post hoc« ist bekanntlich kein Beweis für »Propter hoc«: Die Konstatierung einer zeitlichen Abfolge ist nicht gleichbedeutend mit der Feststellung

eines kausalen Zusammenhanges. Für die Auflösung der Wissenschaftsforschungsinstitute lassen sich neben den bereits genannten politischen Prämissen der deutschen Einigung auch ernstzunehmende wissenschaftsinterne Gründe ins Feld führen.

Bekanntlich gab es in der Deutschen Forschungsgemeinschaft über den Zeitraum von zehn Jahren, von 1984 bis 1994, den Schwerpunkt »Wissenschaftsforschung«. Auf dem im November 1994 in Heidelberg stattgefundenen Abschlußkolloquium dieses DFG-Schwerpunktes wurden von den Organisatoren Frank Pfetsch und Jürgen Mittelstraß einige Ursachen für die Beendigung des Schwerpunktprogrammes erörtert. Zu den herausgehobenen Gründen zählte vor allem die Tatsache, daß es nicht gelungen ist, eine wirklich tragfähige und dauerhaft ergiebige Interdisziplinarität in diesem Schwerpunkt zu erreichen. In der Begründung für die Schließung des Schwerpunktes wurde die unzureichende, nicht eingelöste Interdisziplinarität von Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften hervorgehoben.

Die Bilanz des Forschungsschwerpunktes wies, entgegen den gehegten Erwartungen, vor allem zu wenig Projekte aus, welche in den Naturwissenschaften, mit deren Methoden und Fragestellungen generiert wurden. Es dominierten eindeutig Fragestellungen und Projekte, die wissenschaftsphilosophischen, erkenntnistheoretischen und wissenschaftshistorischen Themen verhaftet waren. Für die DFG blieb der methodische und inhaltliche Ertrag des Schwerpunktes deutlich unter den Erwartungen von wirksamer Interdisziplinarität aus Natur- und Gesellschaftswissenschaften. Dieser Befund der DFG über den Zustand der Wissenschaftsforschung ist durchaus kongruent mit den seinerzeitigen Schwierigkeiten am ITW, die disziplinar geprägten Forschungsansätze über die Bereichsgrenzen hinweg ernsthaft zu rezipieren und zu einem kohärenten Ganzen zu integrieren.

Drittens:

Der Beitrag von Reinhard Mocek zur Wissenschaftskonzeption der PDS und zur Auseinandersetzung mit der Kritik von Torsten Bultmann vom BdWi fokussiert dankenswerterweise auf zentrale Punkte der heutigen Wissenschaftsforschung.

Bultmanns Artikel in Heft 2/97 des »Forum Wissenschaft« ist in der Tat ein vehementer Angriff auf wissenschaftspolitische Positionen der PDS, die dem marxistischen Traditionszusammenhang zugerechnet werden. Die unangebrachte polemische Schärfe bei Bultmann, die von Reinhard Mocek zu Recht moniert und bedauert wird, würde ich gern unter partei- und bewegungspolitischem Profilierungs- und Abgrenzungsgeplänkel innerhalb der Linken verbuchen, welches hier nicht weiter zur Debatte stehen kann.

Der argumentative Kern des Bultmannschen Aufsatzes zielt gegen Wissenschaftsgläubigkeit und technologischen Determinismus, er wendet sich gegen die Auffassung einer inneren Logik, einer naturhistorischen, unabwendbaren Entwicklungsrichtung von Wissenschaft und Technik.

Diese den PDS-Papieren angelastete Auffassung wird vorgeführt als im marxistischen Denken angelegt. Ich möchte mich hier nur

auf diese von Bultmann entwickelte Verbindung von marxistischer Wissenschafts- und Gesellschaftsauffassung mit den wissenschaftspolitischen Folgerungen für die heutige Zeit konzentrieren. Zwar hat Reinhard Mocek dessen Lesart als Unterstellung und Fehlinterpretation dargestellt, was eine weitere Debatte vielleicht erübrigt. Aber auch auf die Gefahr hin, hier offene Türen einzurennen, möchte ich doch die Frage nach den Möglichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Einflußnahme auf die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie aufwerfen.

Es scheint mir in diesem Zusammenhang nicht müßig zu sein, an die Kritik zu erinnern, die Habermas seinerzeit am Marxschen Verständnis von Wissenschaftsentwicklung übte.

Habermas kritisierte bekanntlich an Marx, daß dessen Versuch, die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft als einen »naturhistorischen Prozeß« der Entfaltung der produktiven Wesenskräfte des gesellschaftlichen Menschen zu begreifen, im Hinblick auf die Moderne zu einer systematischen Ausblendung der kommunikativ-gestaltenden Potenzen der Civil Society führt. Für Habermas ist daher weder der parteibürokratische Charakter des Staatssozialismus als Herrschaftssystem noch der technokratische Zug seiner Wissenschaftspolitik zufällig.

Der demgegenüber von Habermas entwickelte Ansatz, die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie in das aktive, gestaltende Handeln der Bürger zurückzuholen, erscheint mir heute, im Lichte der Erfahrung, als ebenso hellsichtig wie aktuell.

Ich würde daher dafür plädieren, die wissenschaftspolitische Thesendiskussion mit dem BdWi aus dem Tal der Polemik auf die Ebene der an Habermas anschließenden theoretischen Betrachtung von Wissenschaft zu heben. Dies gilt um so mehr, als nicht nur konzeptionelle Gesichtspunkte, sondern auch vorliegende gesellschaftliche Erfahrungen dafür sprechen, die Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten der jeweiligen Civil Society und Politik auf das Wissenschafts- und Technologiesystem ernst zu nehmen. Ich möchte, um zum Schluß zu kommen, es an dieser Stelle dabei bewenden lassen, auf einige wenige neuere Beispiele wissenschaftspraktischer Erkundungen und wissenschaftstheoretischer Fragestellungen hinzuweisen:

In Norwegen experimentiert man mit wissenschaftspolitischen Formen der offenen, außerparlamentarischen Bürgerpartizipation in der Entscheidungsfindung um gentechnologische Entwicklungen. Die britische Wissenschaftssoziologie untersucht seit längerem, wie die wissenschaftliche Informiertheit und Engagiertheit der Bürger wechselseitig abhängt von deren Vertrauen in die Problemlösungskapazität von Wissenschaft und in die Vertrauenswürdigkeit der beteiligten Wissenschaftler. Schließlich, amerikanische Wissenschaftsforschung befaßt sich damit, ob und wie bewegungspolitische Artikulationsformen und juristische Mechanismen längerfristig dazu führen können, neuen Interessen und Interessengruppen im Hinblick auf Mittelallokation und Prioritätensetzung in Forschung und Technologie größeres gesellschaftliches Gewicht zu verschaffen. Es würde lohnen, sich über diese Fragen auf einem nächsten Kolloquium Gedanken zu machen.